



Gastkommentar

Politik ohne Kompetenznachweis

Auch nach der jüngsten Regierungsumbildung stellt sich die Frage, ob Politiker überhaupt etwas können müssen.



Christina Aumayr
ist Kommunikationswissenschaftlerin und ehemalige Pressesprecherin von Ursula Haubner

Helmut Schmidt meinte auf Anfrage, was für ihn als Voraussetzung gilt, in die Politik zu gehen, das Erlernen eines Zivilberufs. Nur ein Zivilberuf garantiere die nötige Erfahrung und finanzielle Unabhängigkeit. Und welche Eigenschaft hält Schmidt für unverzichtbar? »Verantwortungsbewusstsein«, sagte der Bundeskanzler außer Dienst schlicht und knapp.

Doch wie kompetent müssen Politiker sein, an welchen Fähigkeiten führt kein Weg vorbei? Politik ist eine Führungsaufgabe, das setzt Selbstführung, Motivation und Prozessmanagement voraus. Ein Politiker muss in der Lage sein, Alternativszenarien nach soziologischen, juristischen wie ökonomischen Perspektiven zu betrachten, und er muss konsensfähig sein. Ein Politiker muss und kann aber nicht alles wissen. Schließlich steht ihm ein Mitarbeiterstab zur Seite. Das Problem dabei? Ein schlechter Politiker stellt sich zumeist ein schlechtes Kabinett zusammen, ein heller Kopf holt sich die besten Köpfe. Der größte Stolperstein für gute Politik ist und bleibt aber die Selektion. Wen möchte man warum in welcher Position haben? Damit nimmt das Drama meist seinen Lauf.

Alfred Gusenbauer hätte 2007 gern eine bekannte Juristin im Justizministerium gesehen. Höflich wurde bei der Dame angefragt. Die Juristin war aber verreist, und wertvolle Tage verstrichen. Nach ihrer Rückkehr sagte sie freundlich ab. Maria Berger war aufgrund ihrer Interessenlage und Kompetenz als Bildungsministerin vorgesehen. Berger hatte aber auch Jus studiert. Kurzerhand musste sie das Justizministerium übernehmen, während für die Bildung Claudia Schmied aus dem Hut gezaubert wurde. Kompetenz und Interesse waren nebensächlich, immerhin wurde eine weitere SPÖ-Frau in die Regierung geschickt.

Politik ist ein Beruf. Das wird nur leider von den Parteien nicht so gesehen. Für den Politikwissenschaftler Peter Grabner haben

Parteien zwei zentrale Aufgaben: die Selektion und Kommunikation von politischen Inhalten und die Selektion und Entwicklung von politischen Nachwuchskräften. Grabner unterrichtet in seinem Masterlehrgang »Führung, Politik und Management« jene Inhalte, die von den Parteiakademien nicht mehr bereitgestellt werden. Das Angebot der politischen Akademien ist schwach, und das spärliche Interesse an den einstigen Kadern sinkt rapide. Neben der Schwäche der politischen Akademien steckt auch die Politikwissenschaft in einer Krise. Während man nach einem Politikwissenschaftsstudium in London und Paris im Rennen um einen Topjob ist, wird man nach einem Abschluss hierzulande mit leidig belächelt. Zudem ist das Image der Politik im sprichwörtlichen Keller, welche fähige Nachwuchskraft sollte es da noch hinziehen? Für Grabner ist neben der fehlenden Qualifikation heimischer Spitzenpolitiker auch die fehlende Kompetenz in den Kabinetten ein Problem. »Früher war die Position in einem Ministerkabinett ein Karrieresprungbrett. Heute haben diese Leute eine negative Punzierung und sind nur schwer vermittelbar. Die guten Leute bleiben nur mehr selten bei den Parteien, das verbleibende Personal wird immer schlechter«, so Grabner.

Politische Mandate werden vererbt

Doch wer ist für diesen Qualitätsverlust verantwortlich? Im Grunde die Lernresistenz der etablierten Parteien. Früher konnte man innerhalb der Partei nach guten Leuten suchen. Doch die Parteien sind ausgedünnt, und wettbewerbsfähiges Personal ist aus ihnen heraus nicht mehr zu bekommen. Was bleibt, ist eine Versorgungspostenmentalität, der eine Sehnsucht nach einem überparteilichen Dialog gegenübersteht. Für Grabner stellen die Neos das derzeit interessanteste Projekt als Beispiel für die Neuerfindung einer Partei dar. »Bei den alten Parteien gilt:

Seniorität ist wichtiger als Kompetenz, und Hochdienen schlägt sowieso alles. Bei uns führt nicht die Nähe zum Obmann nach oben, sondern die Bewährungsprobe durch offene Vorwahlen. Wir müssen den Spannungsbogen zwischen politischen Frischlingen und Altgedienten meistern«, erklärt Matthias Strolz. Ob das der Partei mit ihren jüngsten Personalentscheidungen (Stichwort EU-Wahl) gelungen ist, sei freilich dahingestellt. Könnte der Neos-Chef ein Weiterbildungsseminar für Politiker verordnen, stünden dort Selbstreflexion, Kommunikation und Führungsverständnis auf dem Programm.

In der Praxis wird auf das obligatorische Englisch- und Medientraining gesetzt und damit auf die halbe Miete. Politikprofessor Peter Ulram diagnostiziert ein Zurückdrängen fachlicher Expertise zugunsten kommunikativer wie medialer Talente. Doch wer sich als Teil des Unterhaltungsprogramms versteht, wird auch an Unterhaltungskriterien gemessen. »Die generalisierte Kompetenzerwartung verschwindet seit Beginn der Achtzigerjahre und wurde

durch den Zukauf an Beratung ersetzt. Die Leidenschaft und Kompetenz für das Fach nimmt ab«, meint Ulram. »Es macht einen Unterschied, ob mich ein Politiker im Boulevard gut unterhält oder ob er ein Gesetz gut abwickeln kann.« Angesprochen auf den vielzitierten Qualitätsverlust durch den Regierungseintritt der FPÖ sagt Ulram: »Unbestritten, das Ding war leider ansteckend, seither geht's nach unten.«

Das politische Geschäft ist aber schwieriger geworden. Entscheidungsfindung ist heute diffiziler als vor zehn Jahren. Die mediale Maschinerie treibt an und gibt ein rasantes Tempo vor. Politisches Denken ohne unmittelbaren Umsetzungszwang bleibt auf der Strecke. Die großen politischen Linien vermisst auch Christian Keuschnigg, Direktor des Instituts für Höhere Studien: »Wir konzentrieren uns nur noch auf die Schmerzen. Politiker sind heute kaum mehr in der Lage, eine langfristige Vision zu skizzieren. Wo ist das große Ziel? Der Bürger möchte ja den Wald sehen. Stattdessen gibt es zwei gleich starke Partner und den kleinsten gemeinsamen Nenner.«

Dieses Land ruft zu Recht nach Leadership und Ergebnisverantwortung. Doch die Traditionsparteien negieren hartnäckig, dass es für ein politisches Amt eine gewisse Kompetenz braucht. Eine Denkmkehr ist nicht zu erwarten. Wie soll das auch geschehen? Wenn jene, die diese Veränderungen anstoßen müssten, die Verlierer dieser Veränderung wären? Wir mögen zu Recht eine Lernverweigerung beklagen, aber immerhin wurde überwiegend realisiert, dass Korruption nicht länger »part of the game« ist.

Sind wir vielleicht nur zu streng und ungeduldig mit dem politischen Personal? Erlauben wir bei aller medialen Aufgeregtheit und Null-Fehler-Toleranz überhaupt die Bildung durch das Amt? Wie lange darf man brauchen, um sein Ressort zu beherrschen? »Sechs Monate«, sagt Helmut Schmidt. Wer nach sechs Monaten keinen Durchblick hat, hat dort strenggenommen nichts verloren. Und was dann?

Dann übernehmen Topbeamte die inoffizielle Führung und sind um größtmögliche Schadensbegrenzung bemüht. Damit ist man in Österreich durchaus vertraut. ☘

Foto: Privat